

## Deutschland.

Berlin, 27. März. [Amtliche.] Se. Majestät der König hat den nachbenannten Personen Orden und Ehrenzeichen verliehen, und zwar: den **rothen Adler-Orden vierter Klasse**: dem Kaufmann Hermann Theodor Brindmann zu Danzig und dem Stadt-Secretär Hamm zu Trier; den **königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse**: dem Geheimen Regierungs-Rath Bräuel zu Hannover; den **königlichen Kronen-Orden vierter Klasse**: dem Sanitäts-Rath Dr. Vagede zu Neppen in der Landdrostrei Osnabrück; das **allgemeine Ehrenzeichen**: den Schullehrern Schloffer zu Lassel im Kreise Bojen und Klindworth zu Klein-Nedelsen im Amte Leven, und dem Ausgebirger und Kirchenvorsteher Wandrey zu Vaudwitz im Kreise Meseritz, sowie die **Rettungsmedaillen am Bande**: dem Kaufmann Otto v. Domarus zu Colberg und dem Schiffer Wilhelm Thieme zu Landsberg a. d. W.

Se. Maj. der König hat den Regierungs-Rath Marcard hier selbst zum Geheimen Regierungs- und Vortragenden Rath im Ministerium für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten ernannt; dem Vice-Kanzler der Universität Marburg, Professor Dr. Loebell, den Charakter als Geh. Justiz-Rath, und dem Landrathe des Kreises Uiedom-Wollin, Ludwig Albert Herrmann Ferno, den Charakter als Geh. Regierungs-Rath verliehen; den früheren Polizei-Rath Albrecht, zur Zeit in Göttingen, zum Polizei-Director; ferner die vormals kaiserlich preussischen Landräthe Ernst Weyrauch, Carl August Friedrich Groß, Christian Ludwig Weber, Otto Christian Ludwig v. Dehn-Rothfeller, Otto August Christian v. Gehren, Ludwig Schanz, Thomas Bach, Carl Wilhelm Rohde, Friedrich Wilhelm Emil Günther, Florus Luffardt, Friedrich Wilhelm Götz, Carl Theodor Giler, Herrmann Wolff v. Gudenberg und Carl Kröger, ferner die vormals kaiserlich preussischen Polizeidirectoren Christian Ludwig Friedrich Ernst Bernstein und Friedrich August Wilhelm Cornelius; ferner den vormals langjährig preussischen Justiz-Amtmann, Justizrath Mayer, den Regierungs-Assessor Freiherrn Kunisch von Nütthofen und den vormals kaiserlich preussischen Kreis-Secretär Georg Philipp Theodor Schilling zu königlichen Landräthen ernannt.

Der Bureau-Diätar Heinrich Tischmeyer ist zum Geheimen Calculator bei der Bergwerks-, Hütten- und Salinen-Abtheilung des Handelsministeriums ernannt worden. — Der Privatdocent Ober-Berg-Rath a. D. v. Martin Weßky in Breslau ist zum außerordentlichen Professor in der philosophischen Facultät der dortigen Universität ernannt worden.

Berlin, 27. März. [Im königl. Palais] fand gestern Abend eine musikalische Soiree statt unter Leitung des Kapellmeisters Taubert und unter Mitwirkung der Damen Lucca, Harriers und Artöt und der Herren Bonowetzky und Salomon. Die großherzogl. mecklenburgischen Gäste verabschiedeten sich bei den königl. Majestäten. — Ihre Maj. die Königin ertheilte dem großherzogl. sächsischen Gesandten, Grafen Veust, die nachgesuchte Abschieds-Audienz.

[Se. königl. Hoh. der Kronprinz] nahm im Laufe des gestrigen Vormittags militärische Meldungen entgegen und empfing den Wirkl. Geh. Rath und Unterstaatssecretär v. Thile, sowie eine Deputation der Halloren aus Halle. Um 2 Uhr stattete Se. königl. Hoheit der Königin Wittve Majestät in Charlottenburg einen Besuch ab; den Abend verbrachte höchstselbe in der Soiree Ihrer Maj. der Königin. (St.-Anz.)

— Berlin, 27. März. [Mecklenburg und die Freizügigkeit.] Aus Mecklenburg kommen bittere Klagen über willkürliche Handhabung des Freizügigkeits-Gesetzes, welches im letzten Reichstag beschlossenen worden ist und Gesezeskraft erlangt hat. Die Reichstagsabgeordneten von dort werden im Reichstage an der Hand flagranter Fälle Beschwerde führen und es ist nur zu wünschen, daß dieselben Erfolg haben möchte. Folgende Fälle mögen dem Gefagten als Illustration dienen. 1) Der Schuhmacher Stahl aus Goldberg wollte nach Waren übersiedeln, um hier sein Geschäft zu betreiben und erbat die Erlaubniß dazu vom Warenaer Magistrat. Derselbe schlug das aber ab, weil der Petent selber zugestanden habe, daß er kein Vermögen besitze, was nach einer Verordnung vom Jahre 1827 (!) trotz des Bundes-Freizügigkeits-Gesetzes noch immer nachzuweisen notwendig sei. Dies Reskript wurde durch den Minister des Innern bekräftigt, (!) weshalb der Petent sich jetzt beschwerend an den Reichstag gewandt hat. 2) Von einem Arbeitsmann, der sich als solcher in Rostock niedersetzen wollte, hat die Rostocker Polizeibehörde verlangt, daß er einen Heimathsschein, auf 15 Jahre gültig, von seiner Heimathsbehörde beibringe. 3) Die Juden in Mecklenburg dürfen zwar jetzt auf Grund des Freizügigkeits-Gesetzes Grundbesitz erwerben, aber sie sind von dem, mit dem Besitze von Grundbesitz verbundenen politischen Rechten durch ein erlassenes Gesez ausgeschlossen. So dürfen sie die mit dem Besitze eines Rittergutes verbundene Polizeigewalt nicht selbst ausüben, sondern es wird zur Verwaltung der Polizei ein landesherrlicher Commissarius bestellt, den sie nach einer von der Regierung festzusetzenden Norm (!!) zu honoriren haben. In diesem Falle haben die Interessenten sich auf dem Rekurswege an den Bundeskanzler gewandt, welcher, wie man hört, bereits Erhebungen bei der mecklenburgischen Regierung hat einleiten lassen. Die Leute in Mecklenburg empfinden auch das Vorhandensein einer solchen Rekurs-Instanz bereits als eine große Rechtswohlthat; es wird sich nun zeigen, wie weit ihre Erwartungen auf wirksame Erfolge von deren Anrufung berechtigt sind.

3) [Postverträge.] Auf Grund der Vorbedingungen, welche hier auf einer Conferenz zwischen diesseitigen und belgischen Bevollmächtigten wegen Regelung der Postverhältnisse des norddeutschen Bundes mit Belgien festgesetzt waren, sind die Verhandlungen zwischen Berlin und Brüssel auf schriftlichem Wege fortgesetzt worden. Der eine Theil derselben, welcher die Fahrpostsendungen betrifft, ist zum Abschluß gekommen und ist gestern hier ein dahin zielender Vertrag zwischen der diesseitigen Postverwaltung und der belgischen Staats-Eisenbahn-Verwaltung von dem Gen.-Post-Director v. Philippborn und dem belgischen Staatsminister, außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister von Rothomb unterzeichnet worden. Die Verhandlungen wegen der Briefpostsendungen werden noch fortgesetzt und soll das Resultat derselben in einem besonderen Vertrage niedergelegt werden, welcher mit der belgischen Staatsregierung abzuschließen ist. Die postalischen Verhältnisse Belgiens liegen so, daß die Fahrpostsendungen von der Staats-Eisenbahn-Gesellschaft, die Briefpostsendungen von der Staats-Regierung resportiren und hierdurch eben ist der Abschluß von 2 Verträgen begründet. — Die mit Dänemark getroffenen postalischen Vereinbarungen müssen als Entwurf eines Damages angesehen werden; derselbe bedarf, weil Geldverpflichtungen damit verbunden sind, der Zustimmung des Bundesrathes, dem er auch bereits übergeben ist und der schon in den nächsten Tagen darüber berathen wird. Die in den Zeitungen angegebene Summe von 22,000 Thlr. ist richtig.

3) [Der Geheime Regierungsrath v. Salviati] ist zum correspondirenden Mitglied des wissenschaftlichen Comite's des kaiserlich russischen Ministeriums der Reichs-Domänen ernannt worden. Es ist dies Comite eine Abtheilung des genannten Ministeriums, zu ähnlichen

Zwecken wie unser Landes-Deconomie-Collegium gebildet, nur daß es noch eine bei uns unbekanntere Kategorie von Mitgliedern besitzt, sogenannte auswärtige Correspondenz-Mitglieder, welche der Minister auf Vorschlag ernannt.

3) [Der Geheime Regierungsrath Wohlers] ist nach Wiesbaden abgegangen, um die Verhandlungen wegen der Spielbank zum definitiven Abschluß zu bringen.

O. C. [Die Commissionen des Reichstags.] Heute fand die Wahl der Commissionen in den Abtheilungen und ihre Constatirung in folgender Weise statt:

I. Petitionen-Commission: Vorsitzender Graf Schwerin, Stellvertreter v. Wländenburg, Schriftführer v. Seydewitz (Wittorf), Stellvertreter Dr. Blum (Sachsen), v. Savigny, v. Wapdorf, Ausfeld, Künzer, Gr. Wassewitz, Wächler, Wagner (Altenburg), Dr. Beder, Gr. Vochholz, Häfner, Koester, Albrecht, v. Lud., v. Bethmann-Hollweg, Heubner, Prosch, Fürst Lichnowski, v. Grana, Beder (Oldenburg), Pogge, Gr. Kleist, v. Saale, Haenel, Wiggers (Berlin).

II. Geschäftsordnungs-Commission: Vorsitzender v. Bernuth, Stellvertreter Graf zu Münster, Schriftführer Cornely, Stellvertreter Graf Frankenberg, Dr. Beder, Kraß, Harnier, v. Arnim (Heinrichsdorf), Dettler, v. Denzin, v. Dietz, Bland, Graf Kleist, v. Hoyerberg.

III. Commission für Handel und Gewerbe: Vorsitzender: von Unruh, Stellvertreter v. Brauchitsch (Elbing), Schriftführer Dr. Weigel, Stellvertreter Stumm, v. Arnim (Heinrichsdorf), v. Hennig, v. Brauchitsch (Genthin), Stephani, Meier (Bremen), Richter (Hamburg), Graf Renard, Friedenthal, v. Graevenitz, zur Megele.

IV. Commission für Finanzen und Zölle: Vorsitzender Herzog v. Ujest, Stellvertreter Dr. Leowe, Schriftführer Stavenhagen (Rheinland), Stellvertreter Fehling, v. Rabenau, Braun (Hersfeld), v. Eardstein, Sirlischen, Vadams, v. Wedemeyer, Müller, v. Salzwedel, v. Wländenburg, Dunder.

V. Besondere Commission für das schleswig-holsteinische Pensions-Gesez: Vorsitzender Stavenhagen (Halle), Stellvertreter v. Nolte, Schriftführer Lefse, Stellvertreter Tobias, Raben, Graf Vetsch-Suc, Graf Bredow, Vogel v. Falckenstein, Lorenzen, Harnier, v. Denzin, v. Vinde (Oldenburg), Schleiden, Hänel.

[Der Präsident Dr. Simon,] welcher in den beiden bisherigen Sessionen des Reichstages von seiner Amtswohnung keinen Gebrauch machte, wird diesmal die Präsidialwohnung des Herrenhauses mit seiner Familie beziehen und werden die Zimmer derselben jetzt schon hergerichtet.

[Wahlprüfungen.] Die 3. Abtheilung des Reichstages beschäftigte sich heute Mittag mit der Prüfung der Wahl des Abg. Grafen v. d. Schulenburg-Flebbe. Der Antrag der Referenten Abg. Ahmann und Freiherr Nordes zur Rabenau lautete auf Ungültigkeitserklärung der Wahl und schloß sich die Abtheilung, wie wir hören, mit 14 gegen 7 Stimmen dem Antrage an. Die Prüfung der Wahl des Abg. Dr. Strousberg wurde vertagt. Gegen dieselbe lag ein Protest vor, in welchem die Behauptung ausgeprochen wurde, die Wahl sei nur in Folge von Beeinflussung zu Stande gekommen, indem Dr. Strousberg den Wählern versprochen habe, für das Zustandekommen einer der Wahlkreis Alsenstein-Rössel durchschneidenden Eisenbahn thätig zu sein. — Die 4. Abtheilung beschäftigte sich mit der Prüfung der Wahl des Abg. General v. Steinen, in Betreff welcher früher beschlossen war, noch einige Ermittlungen anzustellen und erklärte sich für die Gültigkeit der Wahl. — Die 7. Abtheilung prüfte die Wahl des Abg. Pogge, welcher für den früheren Abg. v. Derken im Mecklenburg-Strelitzer Wahlbezirk nachgewählt ist und erklärte sich für die Gültigkeit der Wahl. (N. Allg. Z.)

[Die sächsischen Reichstags-Abgeordneten.] Der „Staats-Anzeiger“ schreibt: Die Nordd. Allgem. Ztg. vom 25. d. M. hat in einer Correspondenz aus Chemnitz vom 23. an den Umstand, daß gerade an dem Tage der Eröffnung des Reichstages die zweite sächsische Kammer die Verathung eines wichtigen Gesetzes begonnen hat, die Vermuthung getraut, daß die sächsischen Landtags-Abgeordneten, die zugleich Mitglieder des Reichstages sind, sich der Theilnahme an dem letzteren zu dem Zwecke zu enthalten wünschten, eine Demonstration gegen den Norddeutschen Bund zu machen. Um die Grundlosigkeit dieser Anbeutung zu kennzeichnen, genügt es auf die Thatfache hinzuweisen, daß auch in Preußen die Gleichzeitigkeit der Provinzial-Land- mit dem Reichstage nicht vermieden worden ist, und nicht wenige preussische Mitglieder des Reichstages geglaubt haben, ihrer Pflicht gegen die gleichzeitig verammelten Provinzial-Landtage den Vorzug einzuräumen zu sollen. Aus der feindseligen Stimmung, gegen den Norddeutschen Bund, die bei Einzelnen obwaltend mag, das Verfahren der gemeinsamen Landesvertretungen und Sachens erklären zu wollen, ist nicht gerechtfertigt, namentlich nicht Angesichts der Loyalität, welche Sachsen und besonders die gegenwärtige Regierung des Königreichs, dem Bunde gegenüber bewährt haben und bewahren.

[Der Pastor Steffan] hat am vergangenen Sonntag sowohl in der Bartholomäi-Kirche am Neuen Königsthor, als auch in der zu dieser Kirche gehörigen Kapelle, in der Fliederstraße, gepredigt. Der „S. V. S.“ schreibt man über diese Angelegenheit, welche viel Aufsehen macht: Vor einiger Zeit erschien ein Roman unter dem Titel: „Leocadie“, welcher erst der Klatschfucht Nahrung gab, indem man in den handelnden Personen derselben, kaum durch wenig veränderte Namen verdeckt, Mitglieder der hiesigen Geistlichkeit sowie des mecklenburgischen Adels, und zwar — mit wenig Wis, doch viel Behagen — taririrt fand. Das Aufsehen wurde zum Scandal, als man erfuhr, daß der Verfasser des Romans ein wegen seiner stiftlichen Präbendationen und strengen kirchlichen Richtung in gewissen Kreisen hoch angesehener Geistlicher, Pastor Steffan, sei. Derselbe hat sich auch zu der Autorschaft bekannt und in der „Gang. Kirchenzeitung“ wegen des erregten Aergernisses Abbitte geleistet. Herr Steffan ist vorläufig beurlaubt worden, doch dürfte eine Disciplinar-Untersuchung kaum ausbleiben, da auf seine persönliche Beurtheilung nicht bloß die Verunglimpfung seiner Amtsbrüder, sondern auch die absolute Seichtigkeit und Frivolität in der Beurtheilung kirchlicher und weltlicher Verhältnisse, sowie die Unerschrockenheit bezüglich sozialer Zustände, welche das Buch verräth, Einfluß üben muß. Sein Roman giebt kein Bild wahrer Zustände und verfällt in seiner Polemik gegen den Nationalismus gerade in den Fehler, welchen er diesem vorhält, in die äußerste Flachheit.

Hamburg, 27. März. [Der König von Dänemark.] Heute Abend wird in Altona der König von Dänemark auf der Durchreise nach England erwartet.

Bonn, 27. März. [Zubikäum.] Der Augsb. „A. Z.“ wird von hier berichtet: Die königl. Cabinets-Ordre bezüglich der fünfzigjährigen Jubelfeier der Universität ist hier eingetroffen. Die Feier wird dem Antrage entsprechend am 3. August als dem Geburtsstage des Stifeters der Universität, König Friedrich Wilhelms III., stattfinden. Sie wird, sofern nicht geeignete Localitäten sich ausfindig machen lassen, in dem Schlosse zu Poppelsdorf abgehalten, dessen Hofrotunde zu dem Ende überdacht werden soll. Für die baulichen Einrichtungen ist von den für die Feier bewilligten 8000 Thlr. ein Betrag von 3000 Thlr. verfügbar.

Juda, 24. März. [Die Verhaftung] des Schuhmachers Erb zu Bronzell soll — so schreibt die „Kass. Z.“ — darin ihren speciellen Grund haben, daß derselbe ein Exemplar der bekannten aufrührerischen Proclamation mit in das Wirthshaus eines ihm benachbarten Dorfes mitgenommen und da den Bauern vorgelesen hat. Eine verbrecherische Absicht liege in diesem Falle sicher nicht zu Grunde.

Dresden, 27. März. [Orden.] Wie das „Dresdner Journal“ meldet, hat der König von Sachsen dem Kanzler des norddeutschen Bundes, Grafen Bismarck, den Hausorden der Rautenkronen verliehen. — Ferner bringt das Journal einen Artikel, in welchem die zeitweilige

Abwesenheit der sächsischen Reichstags-Abgeordneten, welche zugleich Mitglieder des sächsischen Landtages sind, motivirt wird.

## Oesterreich.

Wien, 27. März. [Eisenbahn.] Nach dem Ausweise der Staats-Eisenbahn haben die Einnahmen in der Woche vom 18. bis 24. März 607,852 Fl. betragen, was gegen die entsprechende Woche des Vorjahres ein Plus von 263,340 Fl. ergibt.

## Amerika.

Newyork, 12. März. [Ueber die Lage der Bundesfinanzen] spricht sich die „Newyorker Handelsztg.“ in ihrem commercieellen Theile wie folgt aus:

Während unsere politischen Wirren auf ihrem Wege zu einer schnellen und befriedigenden Lösung die materiellen Interessen des Landes fast ganz unberührt lassen, mehren sich in betrübendem, um nicht zu sagen beunruhigendem Maße die Gefahren für die Bundesfinanzen, welche Unredlichkeit und Egoismus einzelner Volksvertreter heraufbeschwören. Unter dem Vorwande, das Wohl der Nation zu heben, in Wirklichkeit aber, um politisches Capital zu machen oder die eigenen Taschen zu füllen, oder endlich aus purer Dummheit, bringen Mitglieder beider Häuser des Congresses täglich neue Finanzpläne ein, von welchen vielleicht keiner Aussicht auf Erfolg hat, deren jeder aber schon durch seine Verwerfung Unheil stiftet. Es ist bis zur Erschöpfung und durch unwiderlegbare Beweise dargethan, daß die Nation um die Hälfte der jetzigen Steuerlast erleichtert werden und dennoch nicht nur das Ausgabe-Budget gedeckt, sondern auch noch alljährlich ein Theil der Schuld abgetragen werden kann, wenn das vorgeschlagene Erparungssystem eingeführt und die tief eingewurzelte Corruption ausgerottet wird, aber gerade das letztere ist, was man nicht will, und deshalb versucht man durch Betrug der Bundesgläubiger die Leute zu gewinnen, die durch eine nicht länger abzuwehrende Reduktion der Steuern verloren geben wird. Was die proponirte Herabsetzung des Ausgabebudgets betrifft, so ist dafür nichts weiter geschehen, dagegen sind für die Ermäßigung der Steuern die ersten Schritte gethan, und darauf beschränkt sich auch das Lob, das wir dem Congress für diese Woche ertheilen können; was sonst im Bereich der Finanzgesch. verdient in fast allen Fällen den strengsten Tadel, wenn nicht den Fluch der öffentlichen Meinung. — So weit das fast ununterbrochene Rütteln an den Finanzen unserer Volksvertreter noch Zeit übrig ließ, haben sich diese, wie bereits erwähnt, im Verlauf der letzten acht Tage mit dem Steuerarsiv beschäftigt und gestern wurde im Repräsentantenhaufe eine Bill passirt, welche fast alle einheimischen Fabricate von der Bundessteuer befreit. Der Senat dürfte die Zahl der Ausnahmen um einige vermehren, die Bill aber in ihren Hauptpunkten genehmigen. Dieser Schritt würde auch Modificationen des Zolltarifs bedingen, wenn man sich nicht einem bedeutenden Abfall der Zölle aussetzen will, denn mit der Aufhebung der Steuer würde, unter Beibehaltung des jetzigen Zolltarifs, der Import vieler Artikel ganz ausbleiben können. [Die Frage Gold- oder Papierzahlung der 5-20 Bonds] wird fortwährend mit Eifer erörtert. Das Bankhaus Jay Cooke u. Co., das seiner Zeit die fraglichen Bonds zuerst übernommen hatte, erhebt nun auch seine Stimme in der Sache und spricht sich entschieden für Goldzahlungen aus. Es heißt in dem Briefe der Firma:

„Als unser Mr. Jay Cooke den Verkauf der Anleihe unternahm, hatte die Regierung mit ihren Ver suchen, die Bonds durch andere Canäle auf den Markt zu leiten, vollständig Schiffbruch gelitten. Die Bonds wurden dem Volke direct angeboten und fanden Absatz zu Preisen, die unmöglich hätten erzielt werden können, wenn nicht die bestimmte Voraussetzung vorgelegen hätte, daß Kapital wie Zinsen in Gold abzugeben seien.“ Der Brief weist sodann auf eine Betrachtung der betreffenden Congressakte über und weist nach, daß dieselbe stillschweigend das Zugeständniß oder Versprechen der Metallzahlungen enthalte, daß ferner alle bis jetzt fällig gewordenen und eingelösten Anleihen ohne eine ausdrückliche Ermahnung der Baarzahlung als durch Verpflichtung geboten, in Mäze actial worden seien. Bezüglich der Papierzahlung bemerkt die Abhandlung: „Was ist ein Papier-Dollar (Greenback) anders, als das Versprechen, einen Dollar zu zahlen. Wollte man 500 Mill. Dollars emittiren, um damit 5-20 Bonds zu tilgen, so würde man später dieselbe Papier-Dollars wieder einzulösen haben und womit wenn nicht mit Gold. Eine derartige Emittion von Papiergeld unternimmt, wie jeder denkende Mann weiß, alle Werthverhältnisse und Baarzahlungen würden dadurch in eine blaue Ferne gerückt werden. Auf dem andern Wege indeffen werden ohne Ausdehnung der Papiercirculation Baarzahlungen wieder möglich bald aufgenommen werden, wird das Papier bis zu dem Goldwerthe hinauf steigen und Goldzahlungen werden keine Schwierigkeit mehr bieten.“ Am Schluß wird nachgewiesen, daß von den 3,256,509 existirenden Noten 2,877,813 auf kleine Beträge lauten und in den Händen kleiner Capitalisten seien und daß es ein Raub an Wittwen und Waisen und am kleinen Capital sein würde, wenn der Congress die durch eine Reihe von Finanzministern und deren Agenten anerkannten Verpflichtungen durch eine Abstimmung illusorisch machen würde.

[Von diplomatischen Ernennungen] hat der Senat Mr. Ross Browne als Gesandter in China und Mr. Charles K. Tucker man in Griechenland bestätigt. Die Ernennung Mr. Stellan's für den Londoner Posten liegt noch in der Schwebe und dürfte auch über Erledigung der Präsidentenanfrage in dieser Angelegenheit nicht endgültig entschieden werden. Was die Union an dem bisherigen Gesandten Adams verliert, ist aus einem neuerdings veröffentlichten Stos diplomatischer Correspondenz zu ersehen, die sich zum Theil auf die Anfangs des laufenden Jahres in Dublin entschiedenen Feuersproceße bezieht und in den entlofen, weiterschweifigen Depeschen Seward's manchen bisfgen Seitenhieb in Betreff der noch immer nicht von der englischen Regierung erledigten Alabamaangelegenheit enthält. Mr. Adams hält sich den großen Phrasen des Ministers gegenüber an Thatfachen und setzt, während er dem Prinzip Naturalisirte zu schätzen, seine volle Berechtigung zuerkennt, klar auseinander, wie die Feuersführer Warren, Burke und Nagle nicht den geringsten Anspruch auf Schutz haben und mit Recht der Strenge des von ihnen übertretenen Gesetzes verfallen.

[Der diesseitige Ministerresident in Buenos Ayres, General Alexander Asboth,] ein geborner Ungar, der im Jahre 1850 mit Rosuth von Europa herübergekommen war, ist mit Tode abgegangen. Bei Ausbruch des Bürgerkrieges hatte der alte Honved wieder zum Schwerte gegriffen, sich dem Fremont'schen Corps angeschlossen und als Chef des Generalstabes den Feldzug in Missouri mitgemacht. Als Fremont sein Commando verlor, rückte Asboth zum Divisionsgeneral auf und erhielt eine Anstellung unter General Curtis. Nachdem er unter diesem längere Zeit mit Auszeichnung gedient, ward er Sherman's Armee beigegeben und nach Unterdrückung der Rebellion später zum Gesandten in Buenos Ayres ernannt.

## Provinzial-Beitrag.

Breslau, 27. März. [Die 3. Plenar-Versammlung des XX. Provinzial-Landtages] fand am 24. d. M. statt, nachdem von Seiten der Ausschüsse hinreichendes Material für die gemeinsamen Beratungen vorbereitet worden war. Die Sitzung wurde um 11 Uhr unter dem Vorsitz Sr. Durchlaucht des Herrn Landtags-Marschall, durch Vorlesung der Protokolle über die beiden früheren Sitzungen eröffnet; hierauf folgten geschäftliche Mittheilungen, unter welchen von allgemeinem Interesse sein dürfte, daß die Aufschreibung der Provinz Schlesien in ihrer Gesamtheit und außer vielen den einzelnen Ausstellern zuerkannten Preisen in Paris eine goldene Medaille erhalten hat, aber deren Aufbewahrung die Provinzial-Stände noch zu beschließen haben werden. Es wurde hiernächst in die Verathung eines Gesetzes, betreffend die Rechtsverhältnisse des Stein- und Braunkohlen-Bergbaus in denjenigen Lan-

